

Endlich auf Youtube:MYTHOS KLIMAKATASTROPHE – Teil 1

geschrieben von Admin | 8. September 2021

Am Montag dem 6.9.21 um 19:00 Uhr wurde der erste Teil der JF Dokumentationsserie „Mythos Klimakatastrophe“ für die Öffentlichkeit freigeschaltet. Gerade in Zeiten immer aufgeregter und vor allem extrem teurer und zerstörender „Green Deals“, „Klimaschutzplänen“ oder ähnlichen politischen Bubenstücken um den Bewohnern dieses Landes das letzte Hemd auszuziehen ist eine nüchterne Bestandsaufnahme notwendig. Die hat JF TV und ihr Macher Marco Pino Tronberend in selten eindringlicher und klarer Form geliefert. Die Doku sollte Pflichtprogramm in allen Schulen werden.

von Marco Pino JF TV

Sie sind allgegenwärtig. Sie sind mächtiger als je zuvor. Und sie bestimmen unser Denken. Oder sie versuchen es zumindest. Die Medien. Studien belegen eindeutig: Journalisten stehen überwiegend links. In Deutschland sympathisiert die Mehrheit der Medienschaffenden mit SPD, Linkspartei und Grünen. Die Folge: Bei immer mehr Themen werden linke und grüne Sichtweisen durch ständige Wiederholung zu angeblichen Wahrheiten erhoben, andere Sichtweisen mit Kampfbegriffen wie „Populismus“ angefeindet. Doch steht die Erde tatsächlich vor einer Klimakatastrophe, wie es überall heißt? Schon 2019 beschäftigte sich die JUNGE FREIHEIT ausführlich mit diesem Thema, das spätestens durch das damalige Aufkommen der „Fridays for Future“-Bewegung in den Mittelpunkt der politischen Debatte rückte – oder besser gesagt: gerückt wurde. In einer großen Artikelserie, zusammengefaßt als „Akte Greta“, beleuchtete JF-Reporter Hinrich Rohbohm die Köpfe und Strukturen, die hinter dem kometenhaften Aufstieg der schwedischen „Klimaaktivistin“ Greta Thunberg und ihrer Protestbewegung standen.

Und JF-TV brachte dazu Ende 2019 mit MYTHOS KLIMAKASTROPHE den ersten Film aus der Dokureihe JF-TV MEDIENMYTHEN, der auf DVD und als Video-on-Demand zum Verkaufserfolg wurde.

Nun erscheint der #MythosKlimakatastrophe in überarbeiteter Form, aktualisiert und erweitert sowie aufgeteilt in zwei Teile auf Youtube! Im ersten Teil beschäftigen wir uns mit Grundlagen und Geschichte des Klimawandels. Wir zeigen die Klimageschichte unseres Planeten, beschäftigen uns mit der globalen Durchschnittstemperatur und beleuchten, wie sie gemacht wird und was sie bedeutet, um dann vorzuführen, wie der angebliche „wissenschaftliche Konsens“ beim #Klimawandel zustande kam.

Der zweite Teil von MYTHOS KLIMAKATASTROPHE – ergänzt um das komplett neue Kapitel „Mythos Extremwetter“ – erscheint demnächst ebenfalls hier auf JF-TV. Daher vergessen Sie nicht, diesen Kanal zu abonnieren! ++++ MYTHOS KLIMAKATASTROPHE, Teil 1 – Vom vorindustriellen Niveau bis zum angeblichen Konsens

Wie der Öko-Infantilismus die Ökologie zu opfern droht

geschrieben von Admin | 8. September 2021

Demonstriert am Beispiel der anstehenden Revision der EU-Chemikalien-Verordnung REACH

Edgar L. Gärtner

Wirklich Erwachsene wissen: Man kann nicht alles haben. Kinder müssen das noch lernen. Das kostet einige Mühe, denn man lernt am besten aus schmerzhaften Fehlern. Manche lernen es mangels Gelegenheit allerdings nie. Diese Menschen finden sich offenbar überdurchschnittlich oft in jener verwöhnten Nachkriegs-Generation, die nie unter Hunger oder anderen Entbehrungen leiden musste und deshalb wie selbstverständlich erwartet, dass der Strom bei Tag und Nacht aus der Steckdose, Wärme nach Wunsch aus der Zentralheizung, Milch, Käse und frisches Fleisch aus dem Kühlschrank kommt oder wie Obst und Gemüse preiswert in Geschäften oder auf Wochenmärkten angeboten wird. Diese Kinder des Wohlstands haben nie den Buckel krumm machen müssen, um Unkraut zu jäten, nie Kohlen ohne Aufzug aus dem Keller in den fünften Stock schleppen müssen und schon gar nicht Kartoffelkäfer von Hand einsammeln müssen, um die Ernte zu retten. Aber sie haben höchste Ansprüche an die Qualität ihrer Nahrung und Kleidung. Alles soll absolut frei von Schadstoffen sein. Ist das aber in der realen Welt überhaupt möglich?

Die Paracelsus-Regel

Es war der zur Zeit der Renaissance lebende Arzt Theophrastus Bombastus von Hohenheim (1493 bis 1541), besser bekannt unter dem von ihm selbst gewählten Namen Paracelsus, der als erster formulierte: „Alle Dinge sind Gift, und nichts ist ohne Gift; allein die Dosis macht, dass ein Ding kein Gift sei.“ Diese als Paracelsus-Regel bekanntgewordene Aussage hat den Rang eines unverrückbaren Naturgesetzes. Wir sprechen heute vom Dosis-Wirkungsgesetz. Während selbst Newtons Gravitationsgesetz später durch Einstein relativiert wurde, konnte die Gültigkeit der Paracelsus-Regel noch nirgends in Zweifel gezogen werden – auch nicht bei der vor allem in Deutschland mit Angst verbundenen Radioaktivität. Sie gilt

selbst für das anscheinend über jeden Verdacht erhabene Naturprodukt Wasser, denn inzwischen sind sich die Mediziner darin einig, dass auch übermäßiges Wassertrinken zum Tod führen kann. Ganz abgesehen davon, dass man im Wasser auch leicht ertrinken kann. Angeregt von Schriften der alten Griechen erkannte Paracelsus auch schon, dass lebensgefährliche Gifte in verdünnter Form als Heilmittel dienen können.

Auf der Grundlage der Paracelsus-Regel geht die moderne Toxikologie (Lehre von den Giftwirkungen) davon aus, dass jeder beliebige natürliche oder künstliche Stoff erst oberhalb einer bestimmten Schwellen-Konzentration gesundheitsgefährdend wird. Die Toxikologen versuchen, mithilfe sorgfältig geplanter Experimente an Versuchstieren oder Zellkulturen, diese Schwellenkonzentration zu ermitteln. Auf dieser Basis setzen die zuständigen nationalen und internationalen Expertengremien und Genehmigungs-Behörden dann Grenzwerte für die Arbeitswelt (MAK =maximale Arbeitsplatz-Konzentrationen nach dem Bundes-Arbeitsschutzgesetz) und für die Umgebungsluft (nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz) fest, die aus Gründen der Sicherheit normalerweise mindestens um den Faktor 100 über der Toxizitätsschwelle liegen. Diese Grenzwerte, obgleich im Rahmen der EU und der OECD zunehmend vereinheitlicht, blieben lückenhaft, da sie fallbezogen und nicht systematisch festgelegt wurden.

Die EU-Chemikalienverordnung REACH

Einen Schritt weiter ging deshalb die im Jahre 2001 gestartete, Ende 2006 verabschiedete und am 1. Juni 2007 schließlich in Kraft getretene Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 der EU der EU, abgekürzt REACH-Verordnung, die in allen EU-Mitgliedsstaaten unmittelbare Gesetzeskraft hat. REACH steht für *Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals*. Danach müssen alle Stoffe (auch Zigtausende so genannter „Altstoffe“) ab einer Jahresproduktion von einer Tonne registriert, nach einem mengenabhängigen Stufenplan getestet und dann bei der EU Chemikalienagentur ECHA in Helsinki bewertet und schließlich genehmigt oder abgelehnt werden. Die Zulassungsprozedur betraf allerdings nur *Substances of very high concern* (SVHG) nach Artikel 57. Bis zum 1. Dezember 2010 mussten die so genannten Großstoffe mit einer Jahresproduktion von über 1.000 Tonnen registriert sein, bis zum 1. Juni 2013 die Stoffe über 100 Jahrestonnen und bis zum 1. Juni 2018 schließlich die Stoffe ab einer Jahrestonne. Es ging bei REACH aber nicht nur um die Stoffe und Verbindungen an sich, sondern auch um die Millionenzahl ihrer sehr unterschiedlichen Verwendungen. Ein sehr aufwändiges Unterfangen, das nur mit dem Turmbau zu Babel vergleichbar ist. Ich habe als Mitarbeiter eines in der Schweiz erscheinenden chemischen Fachmagazins ein gutes Jahrzehnt meines Lebens damit zugebracht, meinen Lesern dieses bis dahin umfangreichste und komplizierteste Gesetzeswerk der EU zu erklären und seine Schwachstellen zu beleuchten. (Hier mein vermutlich letzter darüber in einem Industriemagazin erschienener Kommentar.)

Obwohl die Umsetzung dieses Regelwerkes viel Manpower und Milliardenbeträge verschlang, beteiligte die Industrie sich nach anfänglichem Widerstand aktiv an dem ehrgeizigen Unterfangen, denn es galt für die Vermarktung beliebiger Stoffe der Grundsatz „No data, no market“. Immerhin ging es bei REACH alles in allem nicht um utopische Wunschvorstellungen, sondern um die vergleichsweise vernünftige ALARA-Regel: Schadstoffexposition beziehungsweise Risikominderung *as low as reasonably achievable*. Außerdem hofften die betroffenen Industrie-Manager, nach dem Abschluss der nervigen Prozedur im Jahre 2018 endlich Ruhe zu haben beziehungsweise in Sachen Toxikologie auf der sicheren Seite zu stehen. Doch davon kann heute keine Rede mehr sein. So passierte beispielsweise das schon seit einem halben Jahrhundert gebräuchliche Totalherbizid Glyphosat (eine phosphorylierte Aminosäure) die REACH-Prozedur ohne Beanstandung. Trotzdem steht Glyphosat nun schon seit Jahren unter heftigem Beschuss seitens der in Brüssel sehr einflussreichen Lobby von so genannten Nichtregierungsorganisationen (NGO), denen man eigentlich das N im Namen entziehen müsste, weil sie der EU-Kommission und linken nationalen Regierungen als Einheber und Wachhunde dienen.

Den NGO wie *Greenpeace*, *Friends of the Earth (FoE)*, *Pesticide Aktion Network (PAN)*, *EDC Free Europe u.a.* geht es in erster Linie darum, die bisher gültige Stoffbewertung entsprechend der potenziellen Exposition von Mensch und Umwelt durch eine Einstufung nach der Gefährlichkeit abzulösen. Dabei unterschlagen sie die uralte Erkenntnis von Paracelsus, dass es in der Natur nichts absolut Ungiftiges gibt. Vermutlich glauben sie selbst nicht, was sie ständig wiederholen. Aber sie registrieren mit Genugtuung, dass ihre Warnungen vor gefährlichen Giften an allen Ecken und Enden naiven Gemütern Angst einjagt. Und darauf kommt es ihnen ja schließlich an. Inzwischen haben die grünen NGO die Büros der wichtigsten EU-Direktionen erobert, darunter die Direktion für Umwelt, Ozeane und Fischerei unter EU Kommissar Virginijus Sinkevičius aus Litauen. So war es nicht überraschend, dass die EU-Kommission im Rahmen des Ende 2019 lancierten „Green Deal“, kaum dass die Umsetzung der REACH-Verordnung mit Hängen und Würgen abgeschlossen war, schon in diesem Jahr den Entwurf einer Totalrevision von REACH vorlegte, der das Ziel „*Zero pollution for a toxic free environment*“ verfolgt.

Das Beispiel Lavendelöl

Was das vor Ort bedeutet, erfahren gerade die südfranzösischen und bulgarischen Produzenten von Lavendelöl. Da die wohlduftende Essenz schon nach der bisherigen REACH-Verordnung wie eine beliebige Chemikalie behandelt wurde, mussten sie eine Menge von Stoffdaten generieren, was viele der sehr kleinen Lavendelanbauer und Destillateure schon an den Rand des Ruins brachte. Etliche gaben bereits auf. Nach der neuen Verordnung müssten sie wahrscheinlich sogar die Zusammensetzung ihrer Essenzen ändern – mit dem Risiko, dass diese dann ihre heilende Wirkung verlieren.

Lavendel dient in Europa seit der Römerzeit als Parfüm und Therapeutikum. *Lavandula angustifolia* kommt in den provenzalischen Voralpen zwischen 600 und 2.000 Meter Meereshöhe auch heute noch vereinzelt als Wildpflanze vor. Heute wächst in der Provence auf etwa 5.000 Hektar eine Kulturform von *Lavandula angustifolia* und auf über 20.000 Hektar der widerstandsfähigere und produktivere Lavandin, eine natürliche, aber sterile Kreuzung zwischen dem echten Lavendel und dem breitblättrigen Lavendel (*Lavandula latifolia*), der eher in den Pyrenäen beheimatet ist. Die Gesamt-Anbaufläche hat in den letzten 10 Jahren um fast 50 Prozent zugenommen, denn der beruhigende Lavendelduft erfreut sich wachsender Beliebtheit. Anbau und Verarbeitung von Lavendel schaffen nach Aussage von Renaud Muselier, dem Präsidenten der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA), heute direkt etwa 9.000 und indirekt weitere 17.000 Arbeitsplätze im Tourismus und in der Vermarktung des begehrten Lavendelhonigs.

Der Lavendel ist optimal an das präalpine mediterrane Klima angepasst: Er hat es im Winter gerne feuchtkalt und im Sommer heiß. Die landwirtschaftliche Fläche in dieser Höhenzone eignet sich kaum für etwas anderes denn als Schafweide oder eben für den Anbau von Lavendel oder anderen Gewürz- und Arzneipflanzen wie Thymian oder Rosmarin. Die französische Lavendelernte erreichte in diesem Jahr ein Produktionsvolumen von 140.000 Tonnen. Nur ein kleiner Teil davon wird unverarbeitet Touristen in Säckchen angeboten. Der größte Teil wird mit Wasserdampf destilliert. Oben im Dekanter schwimmt das gesuchte ätherische Lavendelöl, das darunter sich absetzende Hydrolat wird zum Teil als Eau florale vermarktet. Nur *Lavandula angustifolia* ergibt ätherisches Öl der ersten Wahl, Lavandinöl wird dagegen eher für Seifen und weniger hochwertiger Parfüme verwendet. Das wertvollere echte Lavendelöl aus *Lavandula angustifolia* profitiert in Frankreich von einer geschützten Ursprungsbezeichnung (AOP). Seine Ausbeute liegt bei lediglich 15 Kilogramm je Hektar. Entsprechend teuer muss er verkauft werden.

In Frankreich gibt es etwa 2.500 kleine Produzenten von Lavendelöl. Diese sind in der Union des Producteurs de Plantes à Parfum, Aromatiques et Medicinales de France (PPAM) zusammengeschlossen. Alain Aubanel, ihr Vorstand, erklärt, dass diese Klein-Produzenten zwischen 2014 und 2016 mithilfe der PPAM intensiv mit der ECHA zusammengearbeitet haben, um rechtzeitig bis 2018 alle von REACH für Produktionsmengen von über einer Jahrestonne geforderten Toxizitätsdaten zu ermitteln. Das habe jeden Mitgliedsbetrieb im Schnitt etwa 10.000 Euro und viel unbezahlte Arbeitszeit gekostet. Umso unangenehmer seien diese überrascht gewesen, als die EU-Kommission schon drei Jahre nach dem Ende der Stoffregistrierungsfrist mit einem ganz neuen Verordnungsentwurf kam.

Die Brüsseler Bürokraten behandeln das Lavendelöl, da es durch Destillation gewonnen wird, wie eine beliebige Industriechemikalie. Sie stören sich besonders an dessen Hauptbestandteil, dem Linalol. Als mehrfach ungesättigte Fettsäure oxidiert Linalol leicht und wird dann

womöglich allergen, wenn nicht gar kanzerogen. Demgegenüber wies Alain Aubanel im staatlichen Radio France culture darauf hin, dass Linalol im Naturzustand niemals oxidiert, weil es von Hunderten von schützenden Molekülen, d.h. Antioxidantien umgeben ist. Die von der EU-Kommission auf Druck der Grünen Lobby gewählte Herangehensweise, die von der potenziellen Giftigkeit jedes einzelnen Moleküls ausgeht, aber dessen kontextabhängige Exposition vernachlässigt, dürfe nicht auf Naturprodukte wie Lavendelöl angewandt werden.

Das fordert auch eine Petition, die seit einigen Wochen im Internet zirkuliert. Ziel sind 150.000 Unterschriften. Auch deutschsprachige Lavendelfreunde können da noch unterschreiben. Sollte die EU-Kommission mit ihrer Stoffbewertung nach Schema F durchkommen, blieben den provenzalischen Bauern angesichts des Klimawandels kaum noch Ausweichmöglichkeiten, fürchtet Alain Aubanel.

Meinungen anderer zur Entstehung von wissenschaftlichen papers–

geschrieben von Admin | 8. September 2021

Danisch meint dazu

„colossal information“: KI als Wissenschafts-Ghostwriter

Sie meinen, Hunderte wissenschaftliche Veröffentlichungen seien nur Schrott aus der KI-Spritze?....

....daraus:

...Klima, Corona, Gender

erwähnen sie zwar nicht.

Es würde mich aber interessieren, wieviele der Papers da per KI als Ableitungen bereits bestehender Artikel geschrieben wurden.

Das Problem ist nämlich, dass wenn eine Meinung erst mal häufig

vertreten wird und damit eine (politisch bedingte) hohe Chance besteht, dafür Anerkennung zu bekommen, einfach weil man das politisch gewollte sagt, sie selbstverstärkend reproduziert wird, weil man damit vorankommt.

Es ist lang und breit bekannt, dass man insbesondere zu Themen wie Gender und Klima mit wirklich jedem, noch so dummen Scheiß Karriere machen und Erfolg abräumen kann, weil man das bringt, was die Leute hören wollen. Sagt man aber etwas politisch inkorrektes, wird man abgesägt, egal wie gut es begründet ist. In der Folge hat das alles längst nichts mehr mit Wissenschaft zu tun, sondern wird zur Filterblase, zur Echokammer, zum sozialen Anerkennungskuchen. Gibt ja sogar Sittenwächter, die darauf achten, dass nichts politisch korrektes abgelehnt und nichts politisch unkorrektes gedruckt wird. Schreib was gegen Frauenquote oder habe nur Männer als Autoren, und Du wirst abgesägt. Schreib ein Frauen- oder Migrantengejammer, und alles geht durch.

Und damit hat man natürlich eine ideale Grundlage, das Zeug vom Computer generieren zu lassen, wenn es nur noch auf die Tendenz und nicht mehr auf den Inhalt ankommt. Man muss eigentlich nur noch darauf achten, dass genügend viele Frauen als Autorinnen drauf stehen, und dann traut sich auch keiner mehr zu fragen.

Und wieder mal zeigt sich, dass Universitäten und Wissenschaft zwei verschiedene Dinge sind und nur wenig miteinander zu tun haben.

Universitäten sind vor allem eine Betrugsolympiade, in der gewinnt, wer am unverschämtesten Geld abgreift. Nur deshalb konnten Gender Studies dort entstehen.

Und wir sehen gerade, wie das alles völlig im Betrug versinkt.

Ich glaube, das Prinzip der öffentlichen Universität, in die jeder rein kann, hat sich demnächst erledigt. Was jedem offensteht, wird in Zeiten wie diesen unweigerlich nach unten gezogen. Ernsthaftige Forschung wird künftig nur noch in Firmen stattfinden können, die darauf achten, dass eben nicht jeder reinkommt.

Weiterlesen hier

Ladebeschränkungen für Schweizer E-

Mobil-Besitzer

geschrieben von Admin | 8. September 2021

Auf den Schweizer Strassen sind immer mehr Elektrofahrzeuge unterwegs, die beim Laden viel Energie benötigen. Deshalb drohen lokale Blackouts im Stromnetz. Nun wollen die Netzbetreiber den Strombezug durch E-Mobil-Fahrer beschränken. (Stromknappheit Teil 3)

von Alex Reichmuth

Der Strombedarf wird in Zukunft wohl deutlich steigen. Sowohl in der Schweiz wie auch in anderen Ländern benötigen Elektrofahrzeuge, aber auch Wärmepumpen und digitale Geräte zusätzliche Energie. Gleichzeitig wird das Stromangebot immer wie flatterhafter: Wind- und Schwankungen im Stromnetz führt.× Solarkraftwerke produzieren nur dann, wenn es das Wetter zulässt, was zunehmend zu Schwankungen im Netz führt.

Deutschland erlebte am 14. August eine kritische Situation im Netz, die nur mit der Abkoppelung einiger Industriebetriebe bewältigt werden konnte (siehe hier). Darüber hinaus wälzt die Koalitionsregierung Pläne, um auch Privathaushalten den Bezug von Elektrizität limitieren zu können. Gemäss einem internen Bericht des Wirtschaftsministeriums soll den Besitzern von Elektroautos und Wärmepumpen kurzerhand der Strom abgestellt werden, wenn die Produktion nicht mehr mit dem Verbrauch Schritt halten kann.

Kalifornien ist auf Dieselgeneratoren angewiesen

Immer wieder knapp wird der Strom auch in Kalifornien. Der US-Bundesstaat hat in den letzten Jahren zahlreiche Gaskraftwerke abgeschaltet und durch unzuverlässige Windräder und Solarpanels ersetzt. Im Juni musste Kalifornien zweimal einen sogenannten «FlexAlert» ausrufen und die Bevölkerung auffordern, Elektrofahrzeuge und digitale Geräte nicht in den Abendstunden zu laden, wenn Stromknappheit drohte. Mit preislichen Anreizen versuchten die Behörden, die Strombezüger dazu zu bringen, nicht zu den heiklen Zeiten ihr Geschirr zu spülen und ihre Wäsche zu waschen. Mittlerweile sieht Kalifornien sogar den Einsatz von Dieselgeneratoren vor, um Blackouts zu verhindern (siehe hier)

Und wie ist es in der Schweiz? Das Land hat noch immer eine vergleichsweise stabile Stromversorgung, denn vorläufig sind vier von ursprünglich fünf Atomkraftwerken noch am Netz. Zudem spielen Wind- und Sonnenenergie erst eine untergeordnete Rolle. Aber auch in der Schweiz ist in den nächsten Jahren mit einer steigenden Stromnachfrage zu rechnen.

4,2 Prozent aller Neuwagen sind elektrisch

Vor allem die Elektrifizierung des Verkehrs führt zu einem höheren Bedarf. 2019 waren auf den Schweizer Strassen 0,93 Prozent aller Autos mit Strom unterwegs. 2015 hatte dieser Anteil erst 0,17 Prozent betragen. Bei den Neuzulassungen machten die E-Mobile im letzten Jahr bereits 4,2 Prozent aller Neuwagen aus. Wenn aber viele Leute gleichzeitig ihre elektrischen Fahrzeugen laden wollen, zum Beispiel in den Abendstunden, kann das die Kapazitäten des Stromnetzes überfordern. Denn ein Elektrofahrzeug braucht viel Energie, wenn es am Netz hängt.

«Wir müssen eingreifen, damit es keinen Blackout gibt.»

Patrick Bader, Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Offenbar sind die Probleme in der Schweiz schon so gross, dass sich die Netzbetreiber und Stromproduzenten zu Massnahmen gezwungen sehen. Konkret soll der Bezug von Strom zum Laden von Elektrofahrzeugen zu bestimmten Zeiten eingeschränkt werden. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) hat sich mit seinen Partnerverbänden in Deutschland, Österreich und Tschechien abgesprochen, um die technischen Voraussetzungen für eine Beschränkung zu schaffen. «Wir müssen eingreifen, damit es keinen Blackout gibt», begründete Patrick Bader vom VSE den Schritt gegenüber dem deutschen Nachrichtenmagazin «Focus».

Absprache mit anderen europäischen Ländern

Claudia Egli, Sprecherin des VSE, versucht, den Ball falsch zu halten. Es gehe nicht um die Rationierung von Strom, «sondern darum, in seltenen Konstellationen eine Netzüberlastung verhindern zu können», schreibt sie. Erstes Ziel sei es, die Verbraucher wenn immer möglich mit Tarifierungen zu einer optimalen Nutzung der Netze zu bewegen. «Wenn aber der sehr seltene Fall eintritt, dass eine Überlastung droht, muss der Netzbetreiber ausnahmsweise direkt eingreifen können und beispielsweise sämtliche Ladestationen in einem Netzgebiet temporär um 50 Prozent drosseln», so Egli.

Künftig müssen sich E-Mobil-Besitzer unter Umständen also gedulden, wenn sie ihr Fahrzeug laden wollen. Der VSE hat zusammen mit seinen Partnerorganisationen in den erwähnten Ländern eine technische Schnittstelle definiert, über die Ladestationen künftig verfügen müssen, um eine Zulassung zu erhalten. «Über diese Schnittstelle kann der Netzbetreiber der Ladestation mitteilen, dass sie den Ladestrom innert einer bestimmten Zeit reduzieren muss», schreibt Claudia Egli. Das angeschlossene Fahrzeug könne den Ladevorgang dann kontrolliert herunterfahren und diesen später neu starten. Verpflichtend soll die neue Schnittstelle ab Anfang 2022 sein.

Laststeuerung gegen lokale Überlastung

Der Bund bestätigt die Massnahmen. Marianne Zünd, Geschäftsleitungsmitglied beim Bundesamt für Energie, schreibt von «temporärer Leistungsbegrenzungen zur Netzentlastung». Bei dieser «Laststeuerung» gehe es um das Verhindern einer lokalen Überlastung, nicht eines flächendeckenden Blackouts. «In Tiefgaragen kann ein Lastmanagement sicherstellen, dass die Hausanschlüsse nicht überlastet werden», so Zünd.

Sie weist darauf hin, dass Laststeuerung in der Schweiz nichts Neues sei. So könne schon heute über Rundsteuersignale sichergestellt werden, dass zur Mittagszeit, wenn alle am Kochen sind, die Waschmaschinen nicht laufen. «Ähnlich können auch Wärmepumpen oder Boiler gesteuert werden.»

Wie auch immer: Die Schweizer Stromkonsumenten müssen sich in Zukunft vermehrt auf Momente einstellen, in denen es keinen «Pfuus» gibt, wenn sie «Pfuus» haben wollen.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier

Kalifornien kämpft mit Dieselgeneratoren gegen den Blackout

geschrieben von Admin | 8. September 2021

Wie kein zweiter US-Bundesstaat setzt Kalifornien auf Sonnen- und Windenergie. Weil die Versorgung deswegen unzuverlässig geworden ist, muss der Staat nun das Stromangebot einschränken und auf fossile Brennstoffe zurückgreifen. (Stromknappheit Teil 2)

von Alex Reichmuth

Kalifornien ist auf Dieselgeneratoren angewiesen, um Stromengpässe zu überbrücken. Kalifornien gilt als Vorzeigestaat. Kein anderer US-Bundesstaat hat die Umstellung auf erneuerbare Energie so weit vorangetrieben und so viele Windräder und Solarpanels installiert. Bis 2030 soll sich die Stromversorgung zu 60 Prozent auf Ökoenergie abstützen, und bis 2045 will der eine Pflicht, auf den Dächern von Neubauten Solarmodule zu installieren.× Bundesstaat ganz wegkommen von fossilen Brennstoffen. Seit letztem Jahr gibt es in Kalifornien

Doch der viele Sonnen- und Windstrom hat seine Tücken. Er fliesst nur, wenn der Wind weht und die Sonne scheint. Diese Flatterhaftigkeit bekommen die Kalifornierinnen und Kalifornier nun zu spüren. Der Staat mit der grössten Wirtschaftsleistung Amerikas hat in diesem Jahr mehrfach den Strombezug einschränken müssen.

Mehrmals den Notstand ausgerufen

Konkret hat der kalifornische Netzbetreiber Independent System Operator im Juni an zwei Tagen einen sogenannten «FlexAlert» ausgerufen, um zu verhindern, dass die Stromversorgung kollabiert. Es waren heisse Tage, die Klimaanlage liefen auf Hochtouren und entsprechend gross war der Energiebedarf. Der «FlexAlert» dauerte an diesen beiden Tagen von 17 bis 22 Uhr, beziehungsweise von 18 bis 21 Uhr.

Die Bewohner Kaliforniens wurden aufgefordert, während diesen Zeiten keine Geräte mit grossem

Verbrauch laufen zu lassen. Elektrofahrzeuge sollten vorher mit Strom versorgt werden, ebenso Laptops und Smartphones. Auch die Benutzung von Geschirrspülern und Waschmaschinen sei vorher abzuschliessen, so die Anweisung. Die Klimaanlage sollten auf nicht weniger als 25 Grad eingestellt werden. Auf unnötige Beleuchtung sei zu verzichten.

Wer in Kalifornien sein E-Mobil zur «falschen» Zeit lädt, bezahlt mehr.

Weiter wurden die Strombezüger mit Preisnachlässen ermuntert, zu gewissen Zeiten Energie zu sparen, um einen Netzzusammenbruch zu verhindern. Vor allem die steigende Zahl an

Elektrofahrzeugen stellt die Versorgung vor Probleme. Wer sein E-Mobil zur «falschen» Zeit lädt, bezahlt darum mehr.

Kalifornien hat Gaskraftwerke abgeschaltet

Schon im Mai 2018 geriet Kalifornien in eine Situation, in welcher der Strombezug die

Erzeugungskapazitäten zu überfordern drohte. Die nordamerikanische Electric Reliability Corporation, die das Stromnetz koordiniert, bezeichnete das erhöhte Risiko von Stromausfällen damals als «Folge niedrigerer Wasserstände in den Wasserkraftwerken und der Stilllegung von 789 Megawatt abrufbarer Energie aus Erdgaskraftwerken, die in früheren Sommern verfügbar gewesen war, um Hochlastbedingungen zu erfüllen». Das Abschalten von Gaskraftwerken hatte also Spuren hinterlassen.

Auch in diesem Sommer ist Kalifornien nicht aus dem Schneider. Weil es weiterhin heiss ist, drohte in den letzten Wochen eine Stromlücke von 3500 Megawatt, was dem Bedarf von 2,6 Millionen Haushalten entspricht.

Zusätzliche CO2-Emissionen sollen kompensiert werden

Wie die Nachrichtenagentur «Reuters» Mitte August berichtete, will Kaliforniens Gouverneur

Gavin Newsom den Strommangel mit dem Einsatz von Dieselgeneratoren überbrücken. Schon am 30. Juli ordnete er an, dass der Staat grossen Energiebezügern den Wechsel zu Backup-Generatoren bezahlt, wenn diese im Gegenzug das Netz weniger belasten. Auch angelegte Schiffe sollten dazu gebracht werden, dieselbetriebene Generatoren zu benutzen, statt Strom von auswärts zu beziehen (siehe hier).

Trotz der Schwierigkeiten treibe Kalifornien den

Umbau zu erneuerbaren Energien voran, versicherte Gouverneur Gavin Newsom.

Der Gouverneur kündigte gleichzeitig an, die durch die Massnahmen erzeugten CO2-Emissionen anderweitig zu kompensieren. Trotz der Schwierigkeiten treibe Kalifornien den Umbau zu erneuerbaren Energien voran, versicherte er.

Bald zu viele E-Autos in Deutschland

Auch in Deutschland gibt es Pläne, den Strombezug zu beschränken. Das Land setzt ebenfalls immer stärker auf unzuverlässigen Wind- und Sonnenstrom und schlittert deswegen in den nächsten Jahren auf Stromengpässe zu. Vor allem die wachsende Flotte an E-Fahrzeugen könnte das Netz bald überfordern. Am 14. August dieses Jahres wurde der Strom knapp. Die Netzbetreiber mussten darum mehrere Industriebetriebe vorübergehend von der Stromversorgung trennen (siehe hier).

Anfangs Jahr wurde ein interner Bericht des deutschen Wirtschaftsministeriums bekannt, in dem gar erwogen wurde, ganze Stadtteile und Regionen kurzerhand vom Netz zu trennen, wenn der Strom auszugehen droht. Konkret sollte den Besitzern von Elektroautos und Elektrowärmepumpen ohne Vorwarnung der Strom abgestellt werden können – dies zum Zweck der «Spitzenglättung».

Der 60-seitige Entwurf für einen Umbau des Stromsystems sah vor, dass Netzbetreiber und Privathaushalte vertraglich festlegen können, dass täglich bis zu zwei Stunden der Strom für Wärmepumpen und Ladesäulen gekappt werden kann. Im Gegenzug würden die Strombezüger von preislichen Rabatten profitieren. Auch bestünde die Möglichkeit, sich mit Sonderzahlungen von den Abschaltungen freizukaufen.

Peter Altmaier ruderte zurück

Nachdem die Pläne bekannt geworden waren, krebste Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zurück. Es handle sich beim geleakten Bericht «um einen Entwurf der Arbeitsebene, der nicht die Billigung des Ministers gefunden hat», sagte eine Sprecherin. Die Reaktionen liessen trotzdem nicht auf sich warten. «Was Spitzenglättung genannt wird, bedeutet für die Kunden leider abschalten», kritisierte Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, gegenüber der «Welt am Sonntag». Der Vorschlag gefährde insbesondere die Akzeptanz von Elektrofahrzeugen.

Gemäss dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz stellt das Risiko von Blackouts die grösste Gefahr für die Schweiz dar.

Auch in der Schweiz dringt die Gefahr von Stromausfällen allmählich ins öffentliche Bewusstsein. Insbesondere, wenn die verbleibenden Atomkraftwerke abgestellt werden, könnten sich Mangellagen einstellen. Gemäss dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz stellt das Risiko von Tagen organisatorische Massnahmen bekannt gegeben, um besser auf Strommangellagen Blackouts gegenwärtig die grösste Gefahr für die Schweiz dar. Der Bundesrat hat vor wenigen

vorbereitet zu sein.

Ladebeschränkungen für Schweizer E-Mobil-Besitzer

31.8.20 Alex Reichmu21 th, 24

Asylbewerber: Dank Testverweigerung in der Schweiz bleiben

27.8.20 Alex Reichmu21 th, 5

Öko-Arbeitsplätze: Ausser Spesen nichts gewesen

26.8.20 Alex Reichmu21 th, 2

ÄHNLICHE THEMEN

Ladebeschränkungen für Schweizer E-Mobil-Besitzer

Heute, 09: Alex Reichmu00 th, 6

Deutschlands Beinahe-Blackout

31.8.20 Alex Reichmu21 th, 24

Schlumpfs Gra k, Folge 9: Offene Fragen bei der Erderwärmung

30.8.20 Martin Schlum 21 pf, 7

Klimaberichterstattung: Wie Michael Bloomberg Schweizer Recht macht

Domin 26.8.20 ik2 1 Feusi, 7